

Antrag 144/I/2025**AfA Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Aufwertung der dualen Ausbildung - nicht ohne Stärkung der Ausbilder:innen!**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates werden
2 aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um die Arbeits-
3 bedingungen von Ausbilder:innen in den Behörden des
4 Landes und der Bezirke sowie in den Betrieben in Ber-
5 lin zu verbessern. Zudem fordern wir die SPD Berlin da-
6 zu auf, sich gemeinsam mit der SPD auf Bundesebene da-
7 für einzusetzen, dass die Rahmenbedingungen für die Ar-
8 beit von Ausbilder:innen dringend verbessert werden. Da-
9 zu sollen auch die Maßnahmen zur Aufwertung der Positi-
10 on und Unterstützung der Arbeit von Ausbilder:innen aus
11 dem Antrag "Berufsausbildung 4.0 flächendeckend ein-
12 führen und neue Standards setzen!", der bereits im Rah-
13 men der Bundeskonferenz 2024 der AfA beschlossen und
14 zum darauf folgenden Bundesparteitag eingebracht wur-
15 de, baldmöglichst umgesetzt werden. Die sozialdemokra-
16 tischen Mitglieder des Senates sollen sich auch, u.a. durch
17 die Initiierung einer Bundesratsinitiative, dafür einsetzen,
18 dass entsprechende Gesetzesvorhaben wie die dringend
19 nötige Reform der Ausbildereignungsverordnung (AEVO)
20 schnellstmöglich durchgeführt werden.

21
22 Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass Ausbil-
23 der:innen auch die Informationen erhalten, die sie für eine
24 gute Betreuung der Auszubildenden ihres Betriebes/ ihrer
25 Behörde benötigen. Gerade die besorgniserregende Ent-
26 wicklung, dass ein hoher Anteil der Auszubildenden von
27 teilweise starken mentalen und psychischen Belastungen
28 im Rahmen ihrer Ausbildung betroffen ist, zeigt den Be-
29 darf für die Stärkung auch der sozialen und psychologi-
30 schen Kompetenzen der Ausbilder:innen. Dafür soll die
31 Jugendberufsagentur Berlin verpflichtet werden, gemein-
32 sam mit anderen Akteur:innen wie der Industrie- und
33 Handelskammer sowie der Handwerkskammer eine Infor-
34 mationskampagne zu entwickeln und umzusetzen. Durch
35 diese Informationskampagne sollen Ausbilder:innen über
36 bereits vorhandene und neue Informations- und Hilfsan-
37 gebote (u.a. Webinare) sowie deren Nutzen für die Unter-
38 stützung der Auszubildenden aufgeklärt werden. Mit der
39 Kampagne sollen Ausbilder:innen Werkzeuge und Hilfs-
40 mittel an die Hand gegeben werden, um ihre Tätigkeiten
41 kompetent und gut auszuführen und um die Auszubilden-
42 den u.a. bei der Bewältigung von mentalen und psychi-
43 schen Problemen helfen zu können.

44
45 Darüber hinaus muss durch den Senat geprüft wer-
46 den, welche Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebo-
47 te, Schulungsunterlagen, Informationsdokumente, usw.
48 zur Aufklärung über bereits bestehende Hilfsangebo-

te und Unterstützung des Ausbildungspersonals bei der Durchführung ihrer ausbildungsbezogenen Aufgaben aktualisiert und/ oder verbessert werden können.

Begründung

Die Ausbilder:innen sind oft hohen Arbeitsbelastungen ausgesetzt und werden meistens trotz ihrer wichtigen Tätigkeiten im Rahmen der Ausbildung zu niedrig vergütet. Zudem stehen häufig zu wenig Zeitkapazitäten für die Tätigkeiten im Rahmen der Ausbildung zur Verfügung, zumal die Ausbilder:innen die ausbildungsbezogenen Tätigkeiten meistens auch nebenberuflich durchführen. Dadurch erledigen viele Ausbilder:innen diese Aufgaben ehrenamtlich neben ihrer eigentlichen beruflichen Tätigkeit und sind teilweise auch gezwungen, dafür Überstunden zu machen.

Die DGB-Jugend auf Bundesebene und die DGB-Jugend Berlin-Brandenburg haben jeweils in ihrem Ausbildungsreport 2024 einen Schwerpunkt beim Thema "Ausbilder:innen und Ausbildungsmethoden" gesetzt. Dabei wurden kritische Ergebnisse zur Situation von Ausbilder:innen dargestellt. U.a. geben gerade einmal 13% der befragten Auszubildenden an, zumindest wöchentlich eine persönliche Rückmeldung von ihrer:m Ausbilder:in zu erhalten. 28% der Auszubildenden würden zumindest einmal pro Monat eine solche Rückmeldung erhalten. Negativ zu bewerten ist, dass 60% der befragten Auszubildenden seltener als monatlich eine persönliche Rückmeldung durch den/die Ausbilder:in bekommen.

Die DGB-Jugend fordert daher u.a., dass den Ausbilder:innen höhere Zeitkapazitäten zur Verfügung gestellt werden und durch möglichst kleine Betreuungsschlüssel (Standard sollte ein Schlüssel von 1:8 sein) mehr Zeit für ihre Azubis zur Verfügung gestellt wird. Außerdem müssten die Ausbilder:innen einen gesetzlichen Anspruch auf regelmäßige Fort- und Weiterbildungen erhalten. Zudem wird gefordert, die AEVO zu novellieren, wobei insbesondere die didaktisch-methodischen, sozialen und pädagogischen Qualifikationen der Ausbilder:innen gestärkt werden sollten.

Quellen:

DGB-Jugend Berlin-Brandenburg Ausbildungsreport 2024: <https://berlin-brandenburg.dgb.de/presse/++co++f7d6f97c-f871-11ef-8cda-c5ff917e0930>¹
DGB-Jugend Ausbildungsreport 2024: <https://jugend.dgb.de/materialien/++co++5001deb2-4a78-11ef-9641-55217e5128c5>